

# Sorauer Tageblatt

Leges: Tageblatt Sorauiniederlaß  
Verlag: Sorau  
No. 954 Berlin N.W. 7

(Sorauer Wochenblatt)  
Mleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. W.  
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.

Sernsprecher Nummer 22 und 37.  
Giro-Konto bei der Reichsbank

**Ercheinungswelle (Freibleibend):** Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —  
Bezugspreis: Das Sorauer Tageblatt kostet bei Abholung in unleren Vertriebs-  
stellen in Stadt und Land monatlich 2,- RM., bei der Post abgeholt monatlich 2,20  
RM., durch den Briefträger ins Haus gebracht 38 RM. mehr. Im Wochenbezug  
in unlerer Geschäftsstelle 20 RM. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung,  
Arbeits Einstellung oder Versperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung  
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigen:** Die 8spaltige Kolonelle im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 8 Reichs-  
pfennig. Im Restameteil die 4spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 35 Reichspfg.  
Für Anzeigen durch Fernsprecher auszugeben 10%, aber nicht mehr als 30 Reichs-  
pfennig. Für Anzeigen mit Schwertgen Geb 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere  
Stimmen gemeinsam inserieren, 100% Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei  
telephonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Absatz nach letztem  
Tarif. Bei Zahlungsverzögerung und bei Kontofallen erlischt jeder Anspruch auf Belieben.

Nummer 295

Sonnabend-Sonntag, den 15./16. Dezember 1928.

118. Jahrgang

## Lugano für Deutschland ergebnislos?

Undisputable französische Forderungen. — Briand befehlt auf Weibehaltung der Kontrollkommission, Dr. Stresemann lehnt ab.

Der Weg von Locarno nach Lugano hat über Genf geführt: das ist zum Verständnis der Zusammenhänge eine notwendige Erinnerung. Nur wenn man sich diese Entwicklung vergegenwärtigt, wird man verstehen, was in Lugano eigentlich gespielt worden ist. Die Franzosen und Engländer haben ein berechtigtes Interesse daran, die Konturen zu vermischen. Sie setzen nach außen hin ein freundliches Gesicht und tun optisch, als ob alles in schönster Ordnung wäre. Aber es scheint doch, als ob wenigstens Herr Cham Berlin einermäßen die Fassung verloren hat, als ihm Dr. Stresemann in aller Mäßigkeit einmal am Abend erbelegte, daß nicht durch Deutschlands Schuld — von der Locarno-Politik eigentlich noch übrig geblieben ist. Er hat nicht sehen wollen, daß durch die häufigen Enttäuschungen in Deutschland eine Stimmung entstanden ist, die eine Fortsetzung der Locarno-Politik fast zur Unmöglichkeit macht, wenn nicht endlich einmal durch Taten der Beweis erbracht wird, daß auch die anderen Kontrahenten auf die enge Zusammenarbeit mit Deutschland Wert legen. Statt dessen hat Herr Chamberlain wieder mit dem Gedanken operiert, daß eine juristische Forderung Deutschlands nach einer klaren Klärung der Verantwortlichkeiten ist. Er hat aber nicht gesehen, daß die Verhandlungen in Lugano nicht nur die Verantwortlichkeiten klären, sondern auch die Reparationsverpflichtungen nachvollziehen lassen. So weit will eben Chamberlain nicht denken, er ist politisch von der Hand in den Mund. Er sieht nicht über das nächste Jahr hinaus, das England neuwahlen bringen muß, und seine einzige Sorge ist, wenigstens den Einbruch zu vermeiden, als ob dann seiner Politik eigentlich in Europa alles bestens geregelt wäre.

Viele Situationen hat ihm Dr. Stresemann nicht möglich gemacht, deshalb wohl auch seine unmerkliche Vertiefung, die sich dahin auswirkte, daß er sich von den deutsch-französischen Verhandlungen zurückziehen wollte. So lange, bis eine Verständigung erzielt ist. Wo er sich doch sagen muß, daß ohne starken politischen Druck mit einem Zurückweichen der französischen Forderungen auf eine für uns tragbare Basis gar nicht zu rechnen ist. Herr Briand ist in aller Sachlichkeit dem zum wieder mit seiner Kontrollkommission herausgerückt. Er hat offenbar vergessen, daß in dem berühmten Protokoll vom 16. September der Bezug über die Verteilungskommission nur aufgenommen wurde, um nicht nach außen hin feststellen zu müssen, daß eine Verständigung über den Punkt vollommen ausbleibe. Das ist ein Punkt, der sich in dem Gebiet jetzt zu Tage zeigt, was er auf die Liquidation von 100 Millionen, die nach dem Willen der französischen Truppen die Zwangsliquidation der Reparationen vornehmen ist, eine Sache, über die sich theoretisch reden läßt, aber nur dann, wenn es sich tatsächlich um eine reine Liquidation der Forderung handelt, die aber untragbar wird, sobald über die Kommission irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Rechte gesprochen werden sollen. Denn dann wäre ja die französische Aufficht in anderer Gestalt über das Land. Und das ist es gerade, was wir nicht wollen. Damit muß Frankreich sich abfinden, hat also Herr Briand weiter nichts zu tun, denn wird das Ergebnis von Lugano nicht negativ sein, mit der weiteren Folge, daß die Verständigung über die Locarno-Politik den Ausgang in ein verheerendes Mißlingen annimmt.

### Die Dreimächte-Verhandlungen.

London, 14. Dez. Berlin meldet dem „Daily Telegraph“ aus Lugano, am Mittwoch habe Briand zwei Punkten zugestimmt, von denen Dr. Stresemann sehr nachdrücklich behauptet habe, erstens, daß die Gründung der deutschen Schuld nicht zu einer Vorbedingung für die Abklärung gemacht werde, und zweitens, daß die Verhandlungen über den Verleasch und Verteilungsausgleich begonnen werden sollen, bevor die Reparationsabverhandlungen ihre Aufgabe beendet haben, so daß die Abklärungskommission geschaffen und die Rechnung möglich gemacht werden könne, sofort nachdem

die Empfehlungen der Sachverständigen in formelle Konventionen zwischen allen in Betracht kommenden Regierungen übertragen worden seien. Natürlich sei vorausgesetzt worden, daß trotzdem die Finanzsachverständigen sich schon an die Arbeit machen und gute Fortschritte erzielen sollen, bevor die anderen Fragen behandelt werden. Die Verhandlungen über Reparationen und die Erziehung der Forderung durch die Abklärungskommission sollen demnach parallel laufen, während man bisher in Paris der Ansicht gewesen sei, daß sie aufeinander folgen sollen. Dies war laut Berlin das angebliche Kompromiß, das mehr oder weniger am Mittwoch vorbereitet worden sei. Es würde, so behauptet er, wahrscheinlich gehen eine endgültige Gestalt angenommen haben.

wenn es Dr. Stresemann für passend erachtet hätte, zuzustimmen, daß die Abklärungskommission dieselbe Lebenszeit haben sollte, wie die Locarno-Verträge und nicht im Jahre 1935 verpaiden sollte.

Aber gestern habe Stresemann Einwendungen gegen dieses Zugeständnis gemacht, das Briand als notwendiges Gegenstück für das, was er selbst zugestanden habe, anah.

Die Folge der Weigerung Stresemanns sei, daß kein Beschluß irgendwelcher Art erzielt worden sei, und daß die Außenminister Englands, Frankreichs und Deutschlands sich damit begnügen, zu bekräftigen, daß sie weiter zum Protokoll vom 16. September 1928 stehen und in allgemeineren Worten zum Geist und Buchstaben der Locarno-Verträge.

### Vorläufiger Abschluß der Unterredungen

Von anderer Seite wird über die getrige Dreimächte-Konferenz folgendes berichtet: Lugano, 15. Dez. Der getrige Nachmittag hat den Abschluß der sehr intensiven

Verhandlungen dieser Woche zwischen dem Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs gebracht. Nachdem sich Reichsaussenminister Dr. Stresemann gegen 1/6 Uhr in Erwiderung der verschiedenen Besuche des französischen Außenministers zu Briand begeben hatte, suchten beide Staatsmänner kurz nach 6 Uhr gemeinsam Sir Austen Chamberlain auf und lehrten ihre Besprechung zu dreien bis 1/3 Uhr fort. Dabei wurden wie bereits in den zahlreichen vorangegangenen Unterhaltungen, die Außenminister Dr. Stresemann seit letzten Sonntag Tag für Tag führte, mit großem Ernst die gesamte politische Situation und alle zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Fragen erörtert. Den wichtigsten Gegenstand dieser Unterredungen haben die Genfer Beschlüsse gebildet. Die Reparationsfrage, über die die diplomatischen Verhandlungen zur Einberufung des Sachverständigenausschusses, der voraussichtlich nicht vor Mitte Januar zusammentreten kann, im Gange sind, blieb dabei im Hintergrund. Obwohl Einzelheiten über die Verhandlungen nicht bekannt werden, so herrscht doch in maßgebenden Kreisen der deutschen Delegation die Ueberzeugung, daß auf der Gegenseite das ernsthaft Bemühen vorhanden ist, zu einem positiven Resultat in den politischen Fragen zu gelangen und ernsthafte Anstrengungen zu machen, um eine Lösung zu finden, die sowohl für Deutschland als auch für die andern Mächte annehmbar ist. Es darf angenommen werden, daß die diplomatischen Verhandlungen über diese Fragen sofort wieder einsehen, wenn der Expertenausschuss für die Reparationsfrage zusammentritt. Eine abschließende gemeinsame vereinbarte Mitteilung wird, wie verlautet, vielleicht noch am heutigen Sonntagabend über die nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen ausgegeben werden.

### Dr. Stresemann bleibt einige Tage in Lugano.

Lugano, 14. Dez. Falls das schöne Wetter weiter anhält, beabsichtigt Reichsaussenminister Dr. Stresemann, nach der Ratstagung noch einige wenige Tage sich in Lugano aufzuhalten.

## Arbeitgeberbundgebung zur Sozialpolitik.

Zugung der deutschen Arbeitgeberverbände. — Die Lage der Wirtschaft. — Aufstellung von programmatischen Leitfäden.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hielt am Freitag im Wenzelsaal des früheren Bärenenhauses in Berlin eine öffentliche Mitteilungsverammlung ab, in der der bekannt. Industrielle Geheimrat Dr. v. Barwig in einem Vortrag zu grundsätzlichen Fragen der deutschen Sozialpolitik Stellung nahm. Er schilderte zunächst die wirtschaftliche Entwicklung seit der Währungsstabilisierung und ging auf die Frage ein, in wie fern die Arbeitnehmerschaft auf sozialem Gebiet an der Wirtschaftsentwicklung seit diesem Zeitpunkt hatte. Dessen Anteil bezeichnete er als außerordentlich hoch, denn aus der Statistik ergebe sich eine

wesentliche Steigerung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausdehnung der Sozialversicherung und Erreichung des Vorkriegslebensstandards trotz Zerstückung eines großen Teiles unserer Wirtschaftskraft. Die auf der gesamten Wirtschaft ruhende Reparationssteuer und Soziallasten hätten im laufenden Jahre einen Gesamtbetrag von fast 24 Milliarden Mark ausgemacht. Der jetzige Zustand der Wirtschaft lasse eine weitere Ertragsfähigkeit solcher Lasten und eine weitere Entwicklung im Tempo der letzten fünf Jahre nicht erwarten. Unter Einrechnung eines jährlichen durchschnittlichen Aufwandes von zwei Milliarden Auslandsresten ergebe sich, daß nicht einmal die Hälfte des notwendigen Kapitals heute der deutschen Wirtschaft zur Verfügung bestehe. Die Folge seien

Demgegenüber sei die Rentabilität der deutschen Industrie völlig ungenügend. 41 Prozent der an der Berliner Börse gehandelten Aktien notierten unter Par. Der Bergbau arbeite überwiegen ertraglos. Eisen- und Metallindustrie einschließlich Schiffsbau, seien unrentabel.

Der Wohnungsbau werde nur mit Steuerermitteln über Wasser gehalten.

Siezu komme die ertraglose Landwirtschaft. Diese wirtschaftliche Lage müsse auch die Sozialpolitik berücksichtigen. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner besonders die Notwendigkeit einer Reform des Schlichtungswesens.

Nachdem Universitätsprofessor Dr. v. Wedekind-Born ihm über politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen der heutigen Zeit in internationaler Vergleich verbreitet hatte, zog Regierungsrat Dr. v. Brauweiler aus den von Geheimrat v. Barwig gemachten Ausführungen über die Lage der Wirtschaft die Schlussfolgerungen durch die

Aufstellung einer Reihe von programmatischen Leitfäden.

Darüber forderte die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, dass vom Zwangsverein des Staates und der Sozialpolitik eine geordnete Sozialpolitik die sich möglichst auf der Selbstverwaltung durch Zusammenarbeit zwischen allen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufbauen müsse. Die Vereinigungen wolle selbst mitarbeiten an der

### Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches.

Das die Anerkennung des Einzelvertrages als individuelles Schuldverhältnis mit gegenseitigen Rechten und Pflichten zur Grundlage hat. Beim Verschlechtsfälle müße der Einfluß politischer Instanzen oder Verwaltungsstellen ausgeschlossen werden. Der Tarifvertrag wird als Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen anerkannt, aber auch die rechtliche Anerkennung der Betriebsvereinbarung in stärkerem Umfang gebordert. Bei der Reform des Schlichtungswesens soll der Zwangsverein des Staates auf das durch den unmittelbaren Staatsschied begrenzte Maß beschränkt werden. Die soziale und kulturelle Bedeutung des Schlichtungswesens wird anerkannt, aber eine schematische Regelung abgelehnt.

Eine Bindung an das internationale Arbeitszeitabkommen wird mit Deutschlands weltwirtschaftlicher und allgemeiner politischer Lage für unvereinbar erklärt. In der Sozialversicherung soll mit den Arbeitnehmern zusammenarbeitet werden im Sinne rationeller Verwendung der Mittel und Verhinderung unbedingter Ausnutzung durch Verlechtsfälle. Das soll auch für die Arbeitslosenversicherung gelten. Im Berufsbildungswesen sollen schematisierende Bestimmungen unterbleiben, und es soll der freien Initiative Bahn gelassen werden. Schließlich erklärt sich die Vereinigung mit der

### Schaffung eines deutschen Berufsvereinsgesetzbuches

einverstanden, das die Grundsätze der Kooperationsfreiheit und der Freiwilligkeit im Zusammenwirken unangefastet läßt. Diese programmatischen Grundsätze fanden die Zustimmung der Versammlung.

### Lohnstreitigkeiten in der Lausitzer Zuckindustrie.

Cottbus, 14. Dez. Die Einigungsverhandlungen vor dem Vorherrschen des Schlichtungsaussschusses Cottbus zur Lösung der Lohnstreitigkeiten in der Lausitzer Zuckindustrie haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Der Termin für die Verhandlungen vor der Schlichterkammer ist auf den 19. Dezember anberaumt.

### Der Ministerrat über die Lösung des gegenwärtigen Lohnstreits.

Berlin, 14. Dez. In einer Aussprache des Ministerrats über die Wirtschaftslage wurde die Notwendigkeit anerkannt, nach der Wiederherstellung des Arbeitsfriedens im Reich Nordwest die beiden, das Wirtschaftskreislen zur Zeit lebhaft beunruhigenden großen Lohnkonflikte in der Textilindustrie und in der schifflichen Textilindustrie unverzüglich zur Lösung zu bringen. Der Reichsaussenminister war in der Lage, mitzuteilen, daß er entsprechende Maßnahmen eingeleitet habe und alsbald durchzuführen werde.

### Verbindlichkeiterklärung für die westfälisch-ostfälische Textilindustrie

Berlin, 14. Dez. Der Schlichterspruch, den der Schlichter für den Schlichterbezirk Sassen im Tarifreife in der westfälisch-ostfälischen Textilindustrie am 27. November 1928 gefällt hat, ist heute vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

### Schiedspruch in der Rastener Textilindustrie.

Maschen, 15. Dez. (Rastener) des „Sorauer Tageblattes“). Aus Gewerkschaftskreisen wird uns mitgeteilt: Die Arbeitgeber der Rastener Textilindustrie hatten gebordert, daß das beschriebene Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1930 verlängert werde. Der Verhandlungstermin vor dem Schlichtungsaussschuss war auf den 10. Dezember festgelegt. Nach ergebnislosen Vorverhandlungen wurde ein Beschluß gefaßt, der in die Spitze eine Lohnerhöhung von 4,7 Prozent vorsieht. Auch wurde in der Doppelschlichtung eine Entscheidung getroffen. Die Vertragsdauer wurde so festgelegt, daß der Mantel- sowie Lohnarbeitsvertrag am 4. Dezember 1930 in wiederwähliger Frist geltend gemacht werden kann. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung lautet bis Montag, den 17. Dezember, mittags 12 Uhr.